

Erscheint täglich,  
mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen.

Abonnements-Preis:  
pro Quartal 75 J. bei allen Reichspostämtern  
und der Expedition dieses Blattes.



Expedition:  
Bureau für Land- u. Forstwirtschaft (P. Müller)  
Alte Herrenstraße 28.

Insertions-Preis:  
für die vier Mal gespaltene Petit-Beile oder  
deren Raum 10 J.

# Die Post aus dem Riesengebirge.

Politisches Unterhaltungs-Blatt für alle Stände.

N° 173.

Hirschberg, Mittwoch den 26. October.

1881.

## Die Wahlversammlung in Schmiedeberg.

Ein interessanter Kampf fand zu Schmiedeberg statt, wo die Fortschrittspartei einen Vortrag des Herrn Dr. von Bunsen angekündigt hatte. Eine kleine Anzahl der Vertreter der conservativen und gemäßigten Parteien hatten sich ebenfalls eingefunden, um auch ihre Ansichten darzulegen.

Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung durch Herrn Großmann (Hirschberg) und nehmen wir diese Gelegenheit wahr, zugleich im Namen unserer Freunde, dem Vorstande für seine ebenso unparteiische wie unter den schwierigen Verhältnissen umsichtige Leitung unser Dank und unsere Anerkennung auszusprechen. Die Reihe der Reden eröffnete Herr Dr. von Bunsen.

Derselbe suchte sich gegen die Beschuldigungen zu verteidigen, daß er im Reichstage anders gestimmt, als er seinen Wählern versprochen habe. Er wandte sich zunächst zu dem Gesetz gegen die Socialdemokratie, spricht sich außerordentlich vorsichtig über die Bekämpfung jener ihm nicht sympathischen Bewegung aus und meint: „unverfolgt würde die Socialdemokratie von selber zerfallen. Die Verfolgung der Führer habe den Nebelstand, daß zu leicht eine Art Märtyrerthum die übrigen noch Wanken den zur Nachfolge auf dem betretenen Wege verfüre.“ Er meinte, es würde dann erst recht eine Art Ehrensache werden, den Führern zu folgen. Uebrigens glaubt Redner, daß die Einschränkung der Frauen-, Kinder- und Sonntags-Arbeit genügen würde, die Social-Demokratie bedeutend einzuschränken. Ein Zusammenleben des Volkes in allen Gliedern erscheine ihm (wie uns) wichtig.

— Wir sind verpflichtet, hier einen Augenblick inne zu halten. Bekanntlich haben die Conservativen von jeher gegen die Frauen-, Kinder- und Sonntags-Arbeit agitirt; allein wer kann glauben, daß diese leichten Mittelchen gegen die schwere sociale Krankheit ausreichend sind. Diese Krankheit wird nur durch tief eingreifende Reformen, wie die Fürsorge für die invaliden Arbeiter, deren Wittwen und Waisen, welche der Herr von Bunsen den „Genossenschaftskassen“ zuweist, geheilt werden können. Das Fiasco jener Kassen liegt bereits offen zu Tage, und wurde deren Wirken und Ende durch den späteren Redner, Herrn Obersteiger Hermann, in wenig Worten scharf gebrandmarkt. Die Aufstellung des Herrn von Bunsen, daß man die Führer der Social-Demokratie (auch Fürstenmörder etc.) nicht strafen dürfe, weil ihre Verfolgung nur zur Nachfolge reize, ist eine zu drastische, als daß man sie hier nicht besonders erwähnen müßte. Dieser Grundsatz auf alle Verbrechen — die doch in unseren Augen noch geringer wie Königsmord sind — ausgedehnt, müßte zu den seltsamsten staatlichen Zuständen führen. —

Weiter sprach der Redner über die Zollpolitik. Auch hier nahm derselbe keine feste Position, sondern erklärte sich für ein Gemisch von directen und indirekten Steuern und auch für Schutzzölle, z. B. gegen Eisen etc. Nur für die neue Schutzzollpolitik des Kanzlers könne er sich nicht begeistern. Er schlicht mit den Worten, daß er nur der Liebe zu den hiesigen Kreisen folge, wenn er ein Mandat annehme, welches er für 6 andere Wahlkreise abgelehnt habe.

Demnächst sprach der Baron v. Notenhan, der nun endlich wirklich die Tagesfragen in die Discussion zog. Er legte in ruhiger Darlegung die Ziele der Zollpolitik des Fürsten Bismarck klar und wies an den verschiedenen Hauptperioden unserer Zollpolitik geschichtlich nach, wie wohlthätig die Schutzzoll-Politik stets auf den allgemeinen Wohlstand gewirkt habe. Er warf dem Herrn v. Bunsen vor, daß er in seiner Politik

gegen die Regierung mit gefährlichen Waffen kämpfe, da die von ihm theoretisch angeregten Gedanken von einer vor Nichts zurücksehenden Presse in die revolutionäre Sprache übertragen und schließlich mit dem Knüppel ausgefochten werden würden.

Ihm folgte der Landrat Prinz Reuß, der mit wenigen ersten Worten den Herrn v. Bunsen in seiner Opposition gegen den Fürsten Reichskanzler kennzeichnete und in kurzen drastischen Bildern auf der einen Seite den eisernen Kanzler mit seinen Großthaten für Deutschland und auf der anderen den Splitterrichter Herrn v. Bunsen skizzirte.\*). Hierbei stellte der Prinz folgendes klassische, lebende Bild auf: Hier Fürst Bismarck (nach Bunsen's Ausspruch) die Dictatur erstrebend und mit Wuth gegen die Autorität der Krone anstürmend; auf der anderen Seite der Dr. v. Bunsen an der Spitze der Fortschrittspartei und Secessionisten sich treulich um den gefährdeten Thron schaarend, um diesen gegen die wüsten Angriffe Bismarck's zu schirmen. Wahrlich eine wunderbare Gruppe!

Herr v. Drygalski bewies dem Hrn. Dr. v. Bunsen auf Grund authentischer Quellen, daß Jener nicht gehalten, was er vorher versprochen habe.

Herr Dürholt überzog in einigen kurzen Anreden die Ausführungen des Herrn v. Bunsen in die „Boten“-Sprache, wobei er den reichlichsten Beifall der Gallerie erntete.

Herr Obersteiger Hermann legte in kurzen, fernigen Worten die segensreiche Wirkung der staatlich beaufsichtigten Knappschaftskassen klar, warf ein trübes Licht auf die zu Wählerzwecken ausgebeuteten Arbeiterkassen des Doctor Max Hirsch und interpellierte Herrn Dr. von Bunsen auf seine Stellung zum Arbeiterversicherungsgesetz.

Herr Baumeister Timm fragt eben so kategorisch den Herrn von Bunsen über seine Stellung zur Innungsvorslage, welche eine der brennendsten der Heutzeit berührt.

Herr von Bunsen erklärte, alle Fragen nicht beantworten zu können, er müßte aber aus einer Menge von Bedenken dem Versicherungs-Gesetz gegenüber sich ablehnend verhalten (und dazu riefen selbst Arbeiter ihm ein Bravo zu), ebenso müßte er sich den Innungen gegenüber abwehrend verhalten und sprach dabei den Handwerkern die Anklage ins Gesicht, daß sie die alten Innungen nicht kennen, sonst würden sie keine neuen erstreben. Die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten in Berlin habe glänzend bewiesen, daß auch ohne Innungen unser Lehrlingswesen in schönster Blüthe stande und es wäre fast rührend, zu sehen, wie Meister und Meisterin sich abmühten, den Lehrlingen auch ohne Innungen etwas Tüchtiges beizubringen.

— Auch wir würden uns über dieses Bild freuen, welches leider der Wirklichkeit so gar nicht entspricht. Doch werden selbst die hiesigen liberalen Handwerker zugeben, daß in dieser Darstellung des Herrn v. Bunsen ein gut Stück „Schönmalerei“ liegt. —

Ferner meinte der Redner, wenn nur der Mensch dem Menschen sich nähre, dann würde Alles im Handwerkstande sich ausgleichen. Im Weiteren kam der Redner darauf, daß man ihn den Feind Bismarck's genannt habe, — er sei nur ein Gegner desselben; und hörten wir zum ersten Mal in unserm Leben, daß zwischen „Feind“ und „Gegner“ ein „höllischer“ Unterschied sei. Zum Erstaunen der anwesenden, nicht fortschrittlichen Parteien hielt Herr von Bunsen seine

\*) Seine Durchsicht schloß mit den beiden zündenden Anekdoten, welche der gestrige Eingangs-Artikel bereits gebracht hat.

steten Ausspruch der Debatten besonders unter das Brennglas genommen hatte.

Interpellirt vom Hauptmann von Drygalski, daß er sich von seinem Organe „intimer Freund des Königshauses“ nennen ließe, was doch mit seinen sonstigen Auslassungen so wenig im Einklange stünde, lehnte Herr von Bunsen das vom „Boten“ gebrauchte Wort „intim“ ab, kam auf seinen seligen Vater zu sprechen, welcher drei Königen gedient habe und brachte folgende amüsante Anecdote zum Vortrag, welche wir glauben, fast wörtlich wiedergeben zu können: „Als einst bei Hofe der junge Herr von Bunsen (Vater) mit dem Könige Friedrich Wilhelm III. gesprochen habe, standen Minister von Bethmann und ein anderer Herr des Hofes in der Nähe. Da sagte Ersterer: „Nein, der König ist ein ganz anderer Mensch, wenn Herr von Bunsen mit ihm spricht. Es bleibt dem Könige wirklich jetzt nichts übrig, als daß er ihn adoptire.“

Ergriffen von dieser Erinnerung, schloß der Redner seine längere Erwiderung.

Darauf sprach Herr Geheimrath Otto und betonte, daß Herr von Bunsen Secessionist und nicht Fortschrittsler wäre (was, wie später sehr richtig behauptet wurde, aus den Organen, welche hier seine Sache führten, allerdings nicht erkennbar ist). Ferner stellte dieser Redner die schon so oft widerlegte Behauptung noch einmal auf, daß die Wucherfreiheit das Erzeugniß eines conservativen Ministeriums sei. — Er vergift, daß im Jahre 1866 die fast durch und durch semitische Börse eine unpatriotische Haltung annahm, welche das preußische Volk ihr nie vergessen wird und welche das Ministerium zwang, um nicht alle Geschäfte stocken zu lassen, als „Ausnahmegesetz“ die Wucherfreiheit zu verordnen. Den Anstrengungen der liberalen und der Fortschrittspartei erst gelang es, die Wucherfreiheit trotz des Widerspruchs der Conservativen zur chronischen Krankheit Deutschlands zu stampfen. —

Nach einigen persönlichen Bemerkungen schloß Herr Dr. Riemann mit einem Aufrufe an die fortschrittlichen Wähler, fest zu ihrem Abgeordneten Herrn Dr. von Bunsen zu stehen, die Versammlung, die mit einem Hoch auf den Reichstagscandidaten endigte.

— Wenn wir von Seiten unserer Zeitung noch etwas anzuführen haben, so möchte es in einer Abwehr gegen Angriffe geschehen, welche von fortschrittlicher Seite auf unser Blatt fielen. Wir haben diese Angriffe keines Wortes für wert gehalten, weil wir uns bewußt sind, bei aller Schärfe unserer politischen Darlegungen, die persönlichen Verhältnisse unserer Gegner gänzlich aus dem Spiel gelassen zu haben, eine Absicht, welche wir beim Beginn unserer Zeitung ausgesprochen haben und auch ferner durchführen werden.

Zum 27. October.

Ihr habt die Wahl hier prangt ein Gebäude  
Mit hoher Warte und mit heben Zinnen;  
Dort seht die dunkle Gasse und darinnen  
Der Neider und der Klöffer nied're Mente!

Hier ragt das „Reich“, der Edlen Lust und Freude,  
Erblikt wie eine Maid im holden Minnen;  
Dort krächzen Raben, die erbärmlich finnen,  
Wie man Verderben ihm und Schmach bereite.

Hie Welf, hie Wäßlingen; der unerreichte  
Held hier, der mit des starken Geif's Gewalten  
Der stolzen Welt die deutschen Grenzen zeigte.

Dort seht ein winzig Häuslein läufig schalten,  
Das sich zu kleinen Nörglein verzweigte;  
Hier der Titane, dort die Zwerggestalten.

## Politische Übersicht.

### Deutsches Reich.

Berlin, 22. Oct. Aus Baden-Baden wird gemeldet: Se. Majestät der Kaiser, welcher sich ganz wohl befindet, hat wegen regnerischer Witterung das Zimmer gestern nicht verlassen, aber mehrere Audienzen ertheilt. Der heutige Geburtstag Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Preußen wird durch ein festliches Diner bei den Kaiserlichen Majestäten, zu welchem die großherzogliche Familie geladen ist, sowie durch eine großere Marschallstafel gefeiert. Bei Ihrer Majestät der Kaiserin findet täglich Abends Thee statt.

**Baden-Baden**, 24. Oct. Se. Majestät der Kaiser verweilte auf der gestrigen Hofssoirée im großherzoglichen Schlosse bis 11½ Uhr. Heute diniert Se. Majestät mit Ihren Königl. Hoheiten dem Großherzoge und der Großherzogin bei Ihrer Majestät der Kaiserin. — Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Berlin erfolgt Nachmittags 5½ Uhr mittels Extrazuges.

### Provinziales.

**Viegnitz**, 22. Oct. Gestern wurden vom hiesigen Schöffengericht der Fleischer Hüttnar aus Beckern, sowie der Fleischer Schmidt von hier (Gerichtsstraße), wegen Verkaufs ungenießbaren Schweinefleisches, der Erste zu 75, der Andere zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Hüttnar hatte ein an Rothlauf erkranktes Schwein abgeschlachtet und dasselbe an Schmidt, natürlich um einen Spottpreis, verkauft.

**Görlitz**, 22. Oct. Die Größnung des Schlesischen Central-Biehmarktes fand gestern statt und war verhältnismäßig mit sehr schönem Bieh von hiesigen und auswärtigen Händlern beschickt, welches auch zum größten Theil verkauft wurde.

**Fischbach**, 24. Oct. Heute fand hier selbst eine Wahlvergammung statt, in welcher der Baron v. Rotenhahn seine Candidatur empfahl und die politischen Ziele der conservativen Partei den Wählern vorführte. Der Redakteur Dürrholt verlor in seiner bekannten Manier nach billigem Beifall zu haschen. Von welcher oberflächlichen Art die politischen Überzeugungen des Herrn "Bote"-Redacteurs sein müssen, geht daraus hervor, daß dasselbe in Fischbach behauptete, "Herr v. Bunsen (bekanntlich Freihändler für Leinen) habe den armen Webern durch sein festes Eintreten für Leinenzölle im Reichstage ihr Einkommen gesichert" (!?) Dieses sagt dasselbe Herr, welcher unter allgemeinem Beifall seiner Zuhörer in Grunau seine vollständige Gegnerschaft gegen Getreide-, Leinen- und Eisenzölle mit lauter Stimme verkündete. Solche Manöver können wohl bis zu dieser Wahl ihre Wirkungen ausüben, wir können aber nicht glauben, daß diese Art, mit den Überzeugungen umzuspringen, der Fortschrittspartei auf die Dauer nützlich sein wird.

**Schreiberhan**. Unter Vorsitz des Herrn Assessor Heym wurde am 24. d. Abends 6 Uhr eine Versammlung abgehalten, in welcher der Redakteur der "Post" das Wort ergriff, um die conservative Politik den wohl zum größten Theil den liberalen Parteien angehörigen Zuhörern vor Augen zu führen. Derselbe berührte die Arbeiterversicherung und die Handwerkerfrage, sowie die Zollpolitik des Reichskanzlers, und suchte darzulegen, wie die Politik der Fortschrittspartei stets verderblich gewirkt habe; eine Politik, welche auf ihren weiteren Wegen wahrscheinlich Schlesien im Jahre 1866 den Österreichern und 1870/71 Deutschland den rohen Horden der französischen Zuaven ausgeliefert haben würde. Darauf entspann sich eine sehr interessante Discussion zwischen Herrn Baumeister Timm und seinem Interpellanten, Herrn Glasschleifer Großmann, über die Handwerkerfrage; eine Aussprache, welche zur Verständigung der Parteien sicherlich beitrug. Nachdem der Vorsitzende noch ein Streiflicht auf die unpatriotische Art fallen ließ, wie Herr v. Bunsen den Reichskanzler richtet, wurde die Versammlung geschlossen, die hoffentlich wieder dazu beigetragen hat, das Interesse für die conservative Partei zu erhöhen.

**Petersdorf**, 25. Oct. Gestern Mittag starb hier der Hausbesitzer Sommer im 82. Lebensjahr. Derselbe war der erste Pächter des Hospizes auf der Schneekoppe und unter dem Namen "Koppensommer" in ganz Deutschland bekannt.

### Locales.

#### Hirschberg, 25. October.

\* Die in gewohntem "Style" gehaltene Besprechung, welche der "Bote" über die Wahlrede des Herrn Baron von Rotenhahn giebt, ist wieder baar jeder sachlichen Widerlegung und strozt nur von erbärmlichen Verdächtigungen, als ob ohne solche jenes Blatt nicht athmen könnte. Er fragt in einer impertinenten Weise, woher der Baron jene Zahlen habe, welche die Schädlichkeit des Freihandels so vernichtend beweisen. Er fragt dies, obgleich er selber recht gut weiß, daß diese den Angaben des Kaiserlich Statistischen Amtes ent-

lehnt sind, die, wenn auch nicht unfehlbar, doch die einzige Basis zu volkswirtschaftlichen Vergleichen bieten. Zur Belehrung jenes Blattes geben wir heute aus derselben Quelle in Folgendem noch eine Tabelle der Unterbilanzen:

Jahr	Werth der Ausfuhr in Millionen.	Werth der Einfuhr in Millionen.	Berlust in Millionen.
1872	3262	2320	942
1873	3756	2301	1455
1874	3604	2315	1289
1875	3530	2263	1267
1876	3824	2395	1429
1877	3877	2705	1172
1878	4946	3888	1058
Sa.	26799	18187	8612

Wir meinen, daß diese Zahlen eine laute Sprache führen, — eine Sprache, welche in den Worten gipfelt: bis hierher und nicht weiter!

Der "Bote", dessen volkswirtschaftliche Betrachtungen wir zum großen Theile bereits in andern politischen Presseblättern in ähnlicher Form antrafen, sollte sich doch hüten, auf so hohen "wissenschaftlichen" Stelzen einher zu stolziren; schon der famose "Esca-motir"-Artikel des Jahres 1877 in Nr. 240 sollte ihn zu Bescheidenheit mahnen. Für diejenigen Leser, welche daran zweifeln, daß es für ein ernstes Blatt wirklich möglich sei, solche Entstellungen zu bringen und nachher noch mit dreister Miene die darauf geäußerten falschen Schlüsse aufrecht zu erhalten, liegt in der Exped. d. Bl. eine Bewahrung des Geheimrath Baare, Vorsitzender der Handelskammer zu Bochum, gegen die missbräuchlichen Amputationen, die an seinen Auffstellungen geschehen sind, zur Ansicht bereit.

Der Königl. Landrat erläßt im heutigen Kreis-Curr.-Blatt zur Wahrung des Rechtes der Wähler des Hirschberger Kreises gegen unberechtigte Eingriffe in dasselbe folgende Bekanntmachung: "Das von Sr. Maj. dem Kaiser erlassene Wahlgesetz für den Reichstag vom 31. März 1869 bestimmt in § 12, daß die Wahl direkt ist. Daß die Wahl frei ist, versteht sich von selbst; wie weit sie geheim sein soll, schreibt der § 10 l. e. vor. Es steht daher Jedermann, namentlich auch jedem Amtsvertreter, Gemeindevertreter, Gemeindeboten &c. vollständig frei, Wahlzettel mit dem Namen desjenigen Kandidaten, für dessen Wahl er sich interessirt, und welcher politischen Richtung derselbe auch angehört, zu vertheilen; ebenso steht es Jedermann frei, wen er immer will, aufzufordern, bei der Wahl für irgend einen bestimmten Kandidaten einzutreten. Die Gendarmen werden sich der Vertheilung von Wahlzetteln enthalten. Sollte irgend jemand, namentlich einem Beamten, daraus, daß er dieses politische Recht ausübt, Unannehmlichkeiten — durch Bedrohung, De-nunciation oder dergleichen — erwachsen, so werde ich ihn erforderlichen Falls zu schützen wissen."

### Fürst Bismarck und der Liberalismus.

Im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Wogen des Parteikampfes so hoch gehen, dürfte es wohl angemessen sein, an die sogenannte Conflictzeit und an den so lebhaften Kampf des Liberalismus gegen unsern ersten Staatsmann zu erinnern, ein Kampf, durch den die Liberalen schon damals ihre gänzliche Urtheilsunfähigkeit an den Tag legten.

Unser erster Staatsmann hatte bekanntlich im Jahre 1862 die Leitung des Ministeriums übernommen. Das Misstrauen der Liberalen empfing ihn schon bei Beginn seiner Amtstätigkeit; denn der bekannte Schulze-Delitsch sprach sofort von der "ungefährtesten Handhabung der Geschichte unseres Vaterlandes", und als Herr v. Bismarck im Abgeordnetenhaus im Jahre 1863 es offen aussprach, daß die liberalen Vertreter sich im Kampfe mit der Krone um die Herrschaft des Landes befänden, wurden die Neuerungen des Ministers von fortschrittlicher Seite als ein "offenes Manifest des Absolutismus" bezeichnet. Herr v. Carlowitz begann eine Rede mit den Worten: "Ich bin der Meinung, daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit werde geschlagen sein." Gründe hatten die Herren weiter keinen, als den, daß der König und sein Ministerium die Reorganisation der Armee nicht wollte fallen lassen, daß Bismarck ihnen ihren Willen nicht thun wollte.

Es kam der polnische Aufstand und die preußische Uebereinkunft mit Russland (Januar 1863). Derselbe v. Carlowitz warnte vor der Ueberlegenheit der russischen Politik über die preußische und ermahnte den Ministerpräsidenten, sich nicht "muthwillig unter den ungünstigsten Umständen in äußere Verwickelungen ein-

zulassen". Entrüstet verwahrt sich v. Sybel gegen die schlechte Politik, welche "angeblich zur Wahrung unserer Interessen und zum Schutz unserer Grenzen 500 Quadratmeilen deutscher Erde (übrigens ein reines Phantasiegebilde) dem Värmen und Leiden eines barbarischen Krieges eröffnet, welche uns aus freien Stücken mit der Mitschuld an einer kolossalen, von ganz Europa mit fiktiver Empörung betrachteten Menschenjagd belastet." Die Leute entblödeten sich nicht, durch den Mund des Abgeordneten Twente zu erklären: "Die Ehre der augenblicklichen Regierung ist nicht mehr die Ehre des Staates und des Landes, die Bahn der augenblicklichen Regierungsgewalt ist nicht die Bahn des preußischen Volkes." Er fabelte von einer "militärischen Dictatur", einer "Adjutanten-Regierung", in der wir mitten drin seien. Schließlich fordert er zum einmütigen Protest auf gegen eine Regierung, "welche unsern Staat zu verderben droht". Aber die Regierung wußt, noch wankte nicht, der Abgeordnete Simson bezeichnete das als ein Seiltänzer-Kunststück. v. Sybel hat abermals seinen Mund weit auf und sagte u. A.: "Uns, der kleinsten der europäischen Großmächte, trug hier der Weltlauf eine Aufgabe entgegen, groß und dankbar wie keine andere, und Preußen hat diese Aufgabe wie mit Füßen von sich gestoßen. . . . Das Herz unseres Ministeriums scheint leider nur an Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung zu hängen, und so schrumpft denn auch ihre Staats- und Kriegskunst wie ihr Verfassungsleben zu der Glorie der polizeilichen Chicane zusammen." Die Leiter nannte er "notorisch unfähige und unglückliche Befehlshaber". Er sah uns angekommen "auf der tiefsten Stufe der Ermiedrigung".

In diesem und einem ähnlichen Tone ging es weiter auch während der schleswig-holsteinischen Frage und während des Krieges gegen Dänemark. Sybel meinte, in diesem Kriege werde Preußen den "durch das ministerielle Programm angekündigten Selbstmord" vollziehen, und Bismarck beschwore schon "die Rache des Volkes für diesen Berrath". Gewiß, Bismarck hatte allen Grund, von "Dilettantismus" dieser Sorte von Politikern zu reden; es war ein sehr milder Ausdruck. Den letzten Triumph spielte Bismarck aus, indem er am 22. Januar 1864 ausrief: "Nein, meine Herren, er (Bismarck) ist jetzt dem Bösen verfallen und er wird von ihm nicht wieder loskommen." Er war kaum mehr zu übertrumpfen durch Gneist, der von der "blindem Leidenschaft und den verbrecherischen Rathschlägen" des Ministeriums sprach. Noch stärker vielleicht war es indessen, daß am Schluss der Landtags-Session der Präsident Grabow nicht dem Könige, sondern "dem verfassungstreuen preußischen Volke" ein Hoch ausbrachte!

Wir wollen absehen von dem Proteste der Fortschrittspartei gegen den dänischen Krieg (Ende Januar 1864 in Frankfurt a. M.), aber das wollen wir nicht verschweigen, daß die "blöde Opposition" auch nach dem glorreichen Kriege nicht verflammt und der Abgeordnete Bismarck alle Erfolge für einen — "Zusai" erklärte. (So geschehen am 2. Juni 1865.) Er votierte dem Ministerium noch ein "specielles Misstrauen". Waldeck hielt nach wie vor das Ministerium für "unwürdig", Dunker sprach Herrn v. Bismarck alle Eigenschaften eines Staatsmannes ab und Löwe forderte das Ministerium zum Rücktritt auf! Doch genug und übergenug des politischen Unverständes und seiner Purzelbäume.

Warum wir dies alles unsern Lesern erzählen? Darum, weil diese Thatsachen die gänzliche Unfähigkeit des Fortschritts und des extremen Liberalismus beweisen. Wenn irgend etwas klar ist, so ist es dies, daß die deutsche Frage von den Liberalen niemals gelöst werden konnte, daß im Gegentheil Preußen vernichtet und Deutschland zerrüttet worden wäre. Was aber das Schlimmste ist: diese Männer bekannten hinterdrein nicht etwa ihren kolossal Ferthum, sondern thun noch jetzt so, als ob sie die Macht und Größe Deutschlands herbeigeführt hätten. Wer verdient unser Dank und unser Vertrauen: jene leidigen Phrasenmacher oder Fürst Bismarck? — Damals hieß es: Herr v. Bismarck versteht nichts von auswärtigen Angelegenheiten; von Bunsen sagt: Fürst Bismarck versteht nichts von inneren Angelegenheiten. Wie sich die Helden des Fortschritts damals gräßlich getäuscht haben, so irren sie auch jetzt. Wie sie damals nichts wußten, als der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, so verstehen sie auch jetzt nichts, als der Regierung den Weg zu heilsamen Reformen zu verlegen. Wollen wir es noch einmal dahin kommen lassen, daß der Schöpfer unserer nationalen Einheit und Stärke seine Kraft verzehrte im Kampfe mit politischen Künnegebern? Soll die Macht der Phrase wieder die Herrschaft gewinnen? Der deutsche Wähler, meinen wir, traut dem exprobten Manne und läßt sich von falschen Freunden nicht wieder hinters Licht führen. Die Sicherheit Deutschlands, ja die Ruhe Europas liegt in dem Vertrauen auf unsern Kaiser und seinen Kanzler. Erschüttert man dies Ver-

trauen, so wird man bald sehen, welchen  
Gefahren wir entgegentreiben.

aus dem königl. Aquarium in London den seit einem  
Jahre dort befindlichen Orang-Utang. Das Thier  
sollte behufs des Transportes von seinem bisherigen

Flitterwochen. (In dulci jubilo.) — Splitterwochen.  
(Man sieht die Splitter im Auge des andern.) —  
Bitterwochen. (Wird öfter unannehmbar.) — Gewitter-

# Flugblätter des Wahlvereins der Deutsch-Konservativen.

## IV.

### Die Sorge für die Arbeiter.

Mitbürger! Wenn wir die im Arbeiterstande gegenwärtig vielfach herrschende Unzufriedenheit wahrnehmen, wenn wir sehen, daß manchen gerechten Klagen der Arbeiter bis hiezu keine Abhilfe geschafft worden ist, so müssen wir uns hieraus nothwendigerweise die Lehre ziehen, daß dem kapitallosen, nur auf sich selbst angewiesenen Arbeiter nicht geholfen wird, wenn man immer nur sagt: die freie Konkurrenz sei das wirtschaftliche Prinzip der Neuzeit, sie müsse Alles wieder gut machen, die Wunden, die sie schlägt, selbst wieder heilen. Der Erwerbskampf der freien Konkurrenz ist kein Heilspruch für die wirtschaftlich Schwachen, die im Kampf untereinander und gegen die wirtschaftlich Starken vielmehr in dieser freien Konkurrenz zu Grunde gehen müssen.

Das Prinzip der freien Konkurrenz hat unter den wirtschaftlich Starken, unter den mit Bildung und Kapital Ausgerüsteten wohl seine Berechtigung. Ganz anders ist aber das Bild, das sich darbietet, wenn wir diesen Konkurrenzkampf unter Denen ungehindert schalten sehen, die nichts weiter in's Leben mitbringen als die Kraft ihrer Hände: ein Arbeiter, der nicht durch besondere Glückssfälle bevorzugt ist, erwirbt sich während der Zeit, wo er bei voller Gesundheit und Lebenskraft ist, meist nicht mehr, als er zu seinem forstlaufenden täglichen Unterhalt braucht — die Konkurrenz der vielen Arbeitsuchenden ist eben so groß, daß sie nur Wenigen ein Aufsteigen zu einem reichlicheren Erwerb gestattet. Wenn der Arbeiter dann alt und schwächlich wird, oder wenn er durch einen Unfall, einen Fehlgriff, den er bei Handhabung einer Maschine thut, zum Krüppel und erwerbsunfähig geworden ist, so hat er nichts, womit er sein Leben fristen kann, und er fällt der drückenden Armenversorgung anheim. Ein Arbeiter, der erwerbsunfähig geworden ist, hat sein einziges Kapital, mit dem er den Konkurrenzkampf bestehen konnte, seiner Hände Kraft, eingebüßt; er hat nichts mehr, keinen Rückhalt, auf den er sich zurückziehen könnte.

Diese gänzliche Unsicherheit seiner Zukunft, diese Aussicht auf elende Höhllosigkeit in seinen alten Tagen oder im Falle einer Krankheit ist es hauptsächlich, was den Arbeiter heute mit Unzufriedenheit und Groll erfüllt, was ihn in seinen quälenden Sorgen zugänglich macht für die Irrlehren einer kleinen Anzahl von Leuten, die die Arbeiterklasse für ihre verbrecherischen Pläne missbrauchen wollen.

Diesen begründeten Klagen der Arbeiter thathähliche Abhilfe zu bringen, hat die Reichsregierung sich zum Ziele gesteckt. Der Reichskanzler sprach bei der Berathung des im letzten Reichstage vorgeschlagenen, aber leider nicht zu Stande gekommenen Unfallversicherungsgesetzes der Arbeiter folgende Worte:

„Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller“, „das reine Manchesterthum in der Politik“, „Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe“, „wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden

getreten“, „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen“ — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegentheil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz des Schwächeren verhorresen, ihrerseits sich dem Verdacht ausschließen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, bewohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der Anderen, zur Ausbildung einer Parteiherrenschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird.“

Gegen den Vorschlag der Reichsregierung, der Staat solle für die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle einen Beitrag leisten, war namentlich von fortschrittlicher Seite eingewandt worden, der Staat könne eine so große Leistung nicht übernehmen. Dagegen führte der Reichskanzler aus:

„Es handelt sich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausschließlich neuer Lasten, sondern um eine Übertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen. Daß die Last des Gebers oder der Vortheil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das bestreite ich nicht, nur nicht um dieses volle Drittheil, welches dem Staat zugemutet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokal-Armenpflege für verunglückte Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen, was ihm in Zukunft zu kommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage und des Loses des Arbeiters sein wird. Nur diese Differenz können Sie als Neu Leistung dem Staat anrechnen, und es fragt sich da, ist diese Differenz des damit erstrebten Ziels wert, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist und nicht vor Gericht erst sein Recht zu erkämpfen, sondern von Hause aus den mäßigen Zufluss hat, der dabei vom Staat gefordert wird, ist der gleichwertig mit dem Vortheile, der erreicht wird? Ich glaube dies im allerhöchsten Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armgeldvergebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll Niemand verhungern, ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Geseze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Peculium (Ausstattung) an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann und das ihm auch nicht entzogen werden kann, über das er als Armer selbstständig verfügen kann und das ihm manche

Thür leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuss, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend nähergetreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat und selbst auf den bestverpflegten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird im Hause, von Stiefmüttern, von Verwandten irgend einer Art, von sehr nahen Verwandten mitunter, der muss eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit anstellt, sich sagt: es ist doch furchtbarlich, daß ein Mensch auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, was er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlämmer hat. Das kommt vor. Welche Waffe hat ein schwächer Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine. Hat er aber auch nur 100 oder 200 Mark für sich, so bestimmt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können, wenn nur 6 oder 5 Thaler monatlich gegeben werden, das ist für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas Baares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr bestimmt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Also sage ich, wir haben das Bedürfnis, in diesem Gesehe auf eine menschenwürdige Behandlung zunächst dieser Sorte von Armen zu wirken."

Da Seitens der Opposition das gegenwärtig bestehende Haftpflichtgesetz, wonach die Fabrikunternehmer bei gewissen Unfällen die Arbeiter zu entschädigen haben, als ausreichend bezeichnet wurde, sagte der Fürst Bismarck:

„Die unerwartet nachtheilige Wirkung der jetzigen Haftpflichtgesetzung war einer der Hauptmomente, indem ich mich aus der Praxis überzeugte, daß die aus der Haftpflicht entstehenden Prozesse einen ganz ungewissen und oft unverhältnismäßigen Ausgang haben, wenn sie gelingen, und einen ebenso unverhältnismäßigen Ausgang in vielen Fällen, wo sie verloren gehen, daß mir von vielen und glaubwürdigen Seiten versichert worden ist, daß, statt daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Haftpflicht verbessert wurde, an vielen Orten, wo die Prozesse häufig sind, besonders wo Winkeladvokaten, denen an Erregung der Unzufriedenheit in Hinsicht auf die Wahlen liegt, schüren, daß dort die Erbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gegensatz zu der wohlmeintenden Absicht, welche das Gesetz gehabt hat, nur gesteigert worden ist, und daß der Arbeiter durch die Wirkung des Gesetzes sich geschädigt und verkürzt fühlt, weil er auch bei einem gerichtlichen Erkenntnis schwerlich je überzeugt wird, daß er Unrecht hat, namentlich, wenn er einen Advokaten hat, der ihm das Gegenteil sagt; und wenn es vier oder fünf Instanzen gäbe, er würde seine Sache so weit bringen.

Deshalb war ich der Ansicht, ein leichter fungirendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist, und die Frage, ob irgend ein Verschulden vorliegt, nicht untersucht wird. Für den Betroffenen ist es ja gleichgültig, er bleibt unglücklich, er bleibt verkümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden ist, und seine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata, oder auf die unschuldigste Weise gekommen sein. Wir haben es daher nicht mit der strafenden und distributiven Gerechtigkeit zu thun, sondern mit dem Schutz eines ohne das Geschick ziemlich wehrlosen Theils der Bevölkerung gegen die Unbillen des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle und gegen die Härte der Situation eines ohne jedes eigene Pecunium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen.“

Das dem verflossenen Reichstage vorgelegte Unfallversicherungsgesetz bezeichnete der Reichskanzler als eine Probe dafür, wie weit der Staat bei der Übernahme dieser neuen Aufgabe der thatächlichen Fürsorge für die erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter gehen könne. Die weitere Konsequenz dieses Gesetzes, sagte Fürst Bismarck, werde die Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Erwerblosen überhaupt, nicht bloß bei Unfällen, sondern auch im Alter und bei Krankheiten sein.

Mitbürger! Die Absicht der Reichsregierung, den Schwachen im Konkurrenzkampfe einen sicheren Rückhalt zu schaffen, sie in ihrer Bedrängnis zu stützen, ist durch die Einbringung des Unfallversicherungsgesetzes im Reichstage und die erläuterten Worte des Reichskanzlers klar erwiesen. Wer ein Herz für die Not, die oft den fleißigsten und redlichsten Arbeiter trifft, hat wer selbst als Arbeiter inmitten dieser schwierigen Verhältnisse steht, der wird, soweit an ihm liegt, den Reichskanzler in seinen großartigen Plänen unterstützen, den obersten Grundsatz des Christenthums: Hilf Deinem Nächsten! zu verwirlichen.

Mitbürger! Glaubt nicht Denjenigen, die dieses hohe Streben des deutschen Reichskanzlers zu verdächtigen suchen, die nichts so sehr fürchten, als daß die Unzufriedenheit in den arbeitenden Klassen durch diese Maßregeln schwinden werde und diese dadurch der Ausbeutung durch Streber und Irrlehrer entzogen würden. Mitbürger, wählet Männer in den kommenden Reichstag, die unbeirrt vom Parteidankpunkten und den Schlagworten: „Freie Konkurrenz“ und „Keine Staats-einnistung“ für das Wohl der Arbeiterklassen thatkräftig eintreten wollen. Denket an die Worte, mit welchen der Fürst Bismarck seine Rede am 2. April d. J. über die Versorgung der erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter schloß:

„Ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bewohnern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten zu Hilfe kommen, auch in einem noch weiteren Maße als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahre von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christentum treiben will, sich nicht ver sagen und dem armen Manne nicht.“

trauen, so wird man bald sehen, welchen Gefahren wir entgegentreiben.

### Strafbestimmungen für Wahlvergehen.

In Bezug auf das Wahlgeschäft kommen folgende Paragraphen des Strafgesetzbuches zur Anwendung:

§ 107. Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§ 108. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimmzetteln oder -Zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft.

Wird die Handlung von Jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder einer anderen Verrichtung bei dem Wahlgeschäfte beauftragt ist, so tritt Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren ein.

Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 109. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft, auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 240. Wer einen Anderen widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldbuße bis zu 200 Thalern bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§ 339. Ein Beamter, welcher durch Missbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Missbrauchs derselben Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

In dem Falle des § 107 tritt die daselbst angedrohte Strafe ein, wenn die Handlung von einem Beamten, wenn auch ohne Gewalt oder Drohung, aber durch Missbrauch seiner Amtsgewalt oder Androhung eines bestimmten Missbrauchs derselben begangen ist.

§ 357. Ein Amtsgelehrter, welcher seine Untergebenen zu einer strafbaren Handlung im Amt vorsätzlich verleitet oder zu verleiten unternimmt, oder eine solche strafbare Handlung seiner Untergebenen wissentlich geschehen läßt, hat die auf diese strafbare Handlung angedrohte Strafe verwirkt.

Dieselbe Bestimmung findet auf einen Beamten Anwendung, welchem eine Aufsicht oder Kontrolle über die Amtsgeschäfte eines anderen Beamten übertragen ist, sofern die von diesem letzteren Beamten begangene strafbare Handlung die zur Aufsicht oder Kontrolle gehörenden Geschäfte betrifft.

§ 358. Neben der nach Vorschrift der §§ 339 und 357 erkannten Gefängnisstrafe kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

### Vermischte Nachrichten.

#### Allerlei.

— [Eine fürchterliche Situation.] In der Nacht vom 10. auf den 11. d. M. ereignete sich auf der Strecke zwischen Olmütz und Proßnitz der Kaiser Ferdinands-Nordbahn eine entsetzliche Scene. Der Maschinenführer Spegele, der den Zug in jener Nacht führte, bemerkte längere Zeit hindurch, daß die Lokomotive irgend etwas vor sich herstöze. Bei näherem Hinblicken gewahrte er, daß der von der Maschine fortgeschobene Gegenstand ein menschlicher Körper sei. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht, und noch ehe derselbe zum Stillstande kam, sprang der Heizer von der Maschine ab, sich dem Menschen nähernd, der vor der Maschine lag. Dieser lebte und hielt sich krampfhaft an die Besenhülsen fest. Ehe man ihn noch aus dieser furchtbaren Situation befreite, sprach er noch die Worte: „Helft mir“, und fiel dann in Ohnmacht. Der wackere Maschinenmeister brachte den Ohnmächtigen bald zum Bewußtsein, lud ihn auf den Zug und über gab ihn sodann in Proßnitz dem Spitäle der Barmherzigen Brüder zur Pflege. Der dem Tode Entronnene ist ein Arbeiter aus der Brabateker Zuckerfabrik. Ob er aus Zufall auf die Schienen fiel oder in selbstmörderischer Absicht sich auf das Gleise legte, ist bisher noch nicht aufgelistet. Thatsache jedoch ist, daß der Mann nur wenige, ganz unbedeutende Con fusionen davontrug.

— [Kampf mit einem Orang-Utang.] Ein Menageriebesitzer in Paris kaufte vor einigen Tagen

aus dem königl. Aquarium in London den seit einem Jahre dort befindlichen Orang-Utang. Das Thier sollte behufs des Transportes von seinem bisherigen Käfig in einen anderen gebracht werden, und um dies zu bewerkstelligen, begab sich sein Wärter, Namens Dock Perry, ein außerordentlich starker Neger, wie häufig vorher in seinen Käfig; doch weder mit Güte, noch mit Drohungen war der sonst folgsame „Waldmensch“ aus seiner alten Behausung zu bringen, und als Dock Perry ihn beim Arme erfassen und abführen wollte, sah er sich plötzlich von dessen beiden Armen, die zweimal so lang sind, als die eines Menschen, umfaßt und mit Riesenkraft an des Thieres Brust gedrückt. Perry verlor die Geistesgegenwart nicht, und es begann nun vor den Augen vieler Buschauer ein regelmäßiger Ringkampf zwischen dem Neger und dem „Waldmenschen“. Nach etwa fünf Minuten, welche der Kampf währte, gelang es Perry, den rechten Arm frei zu machen, und mit raschem Griff und eiserner Faust packte er seinen Gegner beim Halse und warf ihn zu Boden. Der Kampf war damit entschieden und das rasant brüllende Thier, trotz des heftigsten Widerstandes, den es noch leistete, in den zum Transporte bestimmten Käfig überführt. Der Neger war nicht ohne einige schwere Verletzungen aus dem Kampfe hervorgegangen.

— [Die Anwendung von Betäubungsmitteln], deren Nachwirkungen durchaus nicht ungefährlich sind, erscheint bei einer an und für sich so geringfügigen Operation, wie das Ausziehen eines Zahnes, nicht gerechtfertigt. Da nun aber gerade der Schmerz beim Zahnen fast von Jede mehr oder weniger gefürchtet wird, ist es erfreulich, daß man jetzt in dem Dr. v. Lesser'schen Apparat zur localen Anästhesierung (D. Reichspatent 15,765) eine Vorrichtung zur Verfügung hat, welche in der That die schmerzlose Entfernung eines kranken Zahnes ohne jede Gefahr mittels durch Kälteerzeugung bewirkter localer Anästhesie gestattet. Die Anwendung dieses Apparates belästigt den Patienten nicht, nimmt nur wenige Minuten in Anspruch und ist vollständig gefahrlos.

— [Zwei gute Antworten.] Ein von Person kleiner aber geistreicher Herr stritt mit einem andern, der in diesen Beziehungen das Gegenteil war. Außer Stande, die Gründe des ersten zu widerlegen, rief der zweite: „Schweigen Sie, Herr, oder ich stecke Sie in die Tasche.“ „Thun Sie das,“ war die ruhige Antwort, „so haben Sie Verstand wenigstens in der Tasche.“ — „Sie haben ja Hände wie ein Drescher,“ sagte ein anderer bei einer Begrüßung, wo man sich die Hände reichte. „Besonders jetzt,“ tönte es ihm zurück, „wo ich den Flegel in der Hand habe.“

— Der Lieutenant von K., ein nach Berlin kommandirter Offizier, ist ein großer Musikfreund. Da er selbst ein tüchtiger Clavierspieler ist, so hatte er sich auf die Dauer seines Commandos ein Pianino gemietet. Als der Lieutenant gestern Abend zu einer Zeit, die er sonst regelmäßig im geselligen Kreise der Kameraden verbrachte, plötzlich nach seiner in der P. . . straße gelegenen Wohnung zurückkehrte, vernahm er schon auf der Treppe die ihm bekannten Töne seines Pianinos. Verwundert machte er vor der Thür seiner Wohnung Halt und lauschte. Es war richtig, drinnen im Zimmer spielte Jemand Clavier. Etwa schwere Fäuste exercirten das herrliche Lied: „Am grünen Strand der Spree“, allerdings sehr „lente“, aber die Melodie war doch unverkennbar. „Eins — zwei — drei!“ tactierte auch da drinnen Jemand. „Eins — zwei — drei!“ Es war aber keine Männerstimme, so viel vernahm der Lieutenant. „Ein Weib in meiner Junggesellenwirthschaft?! Wer mag das blos sein?“ fragte sich von K. verwundert. Er hatte ein so reines Gewissen! Leise, vorsichtig schloß er die Thür auf und öffnete. Ein gar herrliches Bild war es, auf das seine Augen stießen. Friedrich, sein biederer Bursche, saß am Pianino und spielte, neben ihm tactierte Marie, des Hauswirths Köchin, laut und vernehmlich: „Eins — zwei — drei!“ — Das müßtigliebende Pärchen saß mit dem Rücken nach der Thür zu und hatte den leise eingetretenen noch gar nicht bemerkt. „Eins — zwei“ . . . hatte Marie soeben gezählt. „Drei!“ fiel der Lieutenant mit Commandostimme ein. Friedrich schloß mit einer furchtbaren Dissonanz und schwuppte in die Höhe. Die Tactirmeisterin flüchtete aus dem Zimmer. „Herr — Herr Lieutenant“, stotterte der Bursche verlegen, „nehmen es der Herr Lieutenant nicht übel, ich habe geübt!“

„Geübt?“ „Tawohl, Herr Lieutenant, ich bin so'n großer Freund von's Clavierspielen und nehme noch Stunde bei 'nem pensionierten Hautboisten, für dreißig Pfennige die ganze Stunde!“ So, und Herrn H . 's Köchin, nimmt die auch Clavierstunde?“ „Gott bewahre, Herr Lieutenant, die Marie — die Marie — berappt blos!“

— [Bräut- und Chestands-Kalender.] Ritterwochen. (Erste ritterliche Anwerbung). — Gitterwochen. (Die Geliebte wird von ihren Verwandten eingesperrt.) — Bitterwochen. (Ob's etwas wird?) —

Splitterwochen. (In dulci jubilo.) — Splitterwochen. (Man sieht die Splitter im Auge des andern.) — Bitterwochen. (Wird öfter unangenehm.) — Gewitterwochen. (Offener Kampf.)

— Ein eigenhümlicher Unglücksfall ereignete sich dieser Tage unweit Manchester. Ein Polizist hatte einen Revolver zum Geschenk bekommen, den er auf den Kaminims legte. Während seiner Abwesenheit nahm sein achtjähriger Sohn, nicht wissend, daß diese Waffe geladen war, den Revolver in die Hand und stieckte ihn zum Scherz in den Mund; der Revolver ging dabei los und streckte den Knaben leblos zu Boden; als nun der Vater nach Hause kam und das Dienstmädchen ihm erklärte, auf welche Weise der Unfall sich zugetragen, und dabei den Revolver ebenfalls in den Mund stieckte, ging derselbe abermals los und tödete das Mädchen ebenfalls. Beide Leichen wurden unter großer Theilnahme des Publikums in einem Sarge begraben.

— [Rindfleisch.] Gast: „Herr Wirth, das Rindfleisch ist recht mürbe.“ Wirth: „Das glaub' ich, Sie hätten aber auch sehen müssen, was der Schimmel bei Lebzeiten für Hane getrieben hat.“

— [Ahnungsvoll.] Ein Junge, der vom Feldhüter beim unberufenen Pfauenpflocken ertappt wurde, nahm eiligst Reißaus. — „Halt doch,“ rief der Feldwart, „ich will Dir etwas sagen.“ — „Ah, so ein Junge wie ich, braucht noch nicht Alles zu wissen!“ entgegnete der Angerufene und rannte davon.

(Eingesandt.)

### An unsere Landbevölkerung.

In Nr. 246 schreibt der „Bote“: „Für Herrn von Rotenhan bleibt nur übrig: „Agitator mit dem Dreschflegel“. — Der Candidat der conservativen Partei wird wahrscheinlich nichts darauf erwarten; deshalb wollen wir es hiermit thun. Ohne Glacéhandschuhe, ohne Parlamentshelden, ohne Redacteure — insonderheit ohne von den Juden abhängige Redacteure — und ohne den Knüppel können wir Alle sehr bequem leben, nicht aber ohne den Dreschflegel, der uns das Korn zu unserm Brote aus den Aehren schafft. Darum hoch der Dreschflegel! — Hoch Alle, die ihn schwingen! — Hoch die gesamte Landbevölkerung und mit ihr Herr von Rotenhan!

Hätte ein Mann vom Stämme Sem die Worte im „Bote“ geschrieben, so dürfte man sich nicht wundern; denn dieser hat eine außerordentliche Scheu vor aller Arbeit, insonderheit vor landwirtschaftlicher. Aber der „Bote“ verwahrt sich doch dagegen, ein semitisches Blatt zu sein.

Machen wir ihn noch darauf aufmerksam, daß ihm mit dem Dreschflegel ein recht unliebsames Glück begegnet ist. Seit Wochen giebt er sich alle erdenkliche Mühe, die gesamte Landbevölkerung für eine dem Breslauer Consortium genehme Reichstagswahl günstig zu stimmen, und im letzten Augenblöcke, kurz vor der Wahl, macht er sich mit dem Dreschflegel lächerlich. — Ganz denselben Fehler beging Herr von Bunzen mit der „Scheune“ in einer Wählerversammlung im Gastehofe „zum Knauf“ vor mehreren Jahren. Damals glückte die Wahl. Wir müßten uns aber sehr irren, wenn die Landbevölkerung heute nicht gewichtiger sein sollte, als damals; sie wird sich ohne Zweifel am Tage der Wahl des „Dreschflegels“ erinnern.

C. S.

(Eingesandt.)

### Schafft euch die Stimmzettel an!

Ihr selbständigen deutschen Männer, hört nicht auf Berliner Parlaments- und Pressthelden, welche die Zustände im diesseitigen Wahlkreise gar nicht kennen, sondern uns nur bewußt machen wollen. Handelt nach eurer eigenen Überzeugung und so werdet ihr von selbst zu der Ansicht gelangen, daß wir am besten dadurch unsere Interessen wahren, wenn wir Alle uns an der Wahl beteiligen und nur solche Stimmzettel in die Wahlurne werfen, welche die Aufschrift tragen: „Baron von Rotenhan in Buchwald bei Hirschberg in Schlesien“.

Ein Vaterlandsfreund.

### Aus dem Leserkreise.

Was soll man von anonymen Briefen halten? Wohl immer verbirgt sich hinter der Anonymität Feigheit, in vielen Fällen sonst noch erbärmliche Gesinnung. Einsender steht an einer Stelle, wo früher viele anonyme Briefe eingeschickt wurden. Er erklärt bald öffentlich, daß jeder anonym eingehende Brief ungelesen bleibt, zerrissen und verbrannt werden würde. — Wer nicht so viel Mut hat, seine Sache mit seinem Namen zu vertreten, verdient auch keine Beachtung. Wollte man ihn beachten, so würde man Feigheit und Schlechtigkeit unterstützen. Hier hat diese Belehrung sofort gute Früchte getragen.

# Allgemeiner Anzeiger.

## Bekanntmachung.

Wegen der Reichstagswahlen wird der nächste Wochenmarkt hier von Donnerstag den 27. auf Freitag den 28. d. Ms. verlegt.  
Hirschberg, den 20. October 1881.  
Der Magistrat und die Polizei-Bewaltung.

Der Gang der Personenpost von Lahn nach Hirschberg i. Schl. ist vom 25. October 1881 ab wie folgt festgesetzt worden:  
Abgang von Lahn 6,45 Abends,  
durch Langenau 7,35 - 7,40  
Grumau 8,25 - 8,30  
Hirschberg 9,15  
Hirschberg, den 25. October 1881.  
Kaiserliches Post-Amt. Edard.

## Wahl=Aufruf!

Wir stehen vor der Wahl, welche mehr als je vor dem jedem Deutschen die Erwägung zur ernsten Pflicht macht, daß der nächste Reichstag über die für die wirtschaftliche und sociale Zukunft unseres Vaterlandes tief einschneidenden Fragen zu entscheiden hat. Es ist nötig, den Reichskanzler Fürsten Bismarck und die Staatsregierung in der Erreichung der hohen Ziele der wirtschaftlichen und industriellen Unabhängigkeit des Vaterlandes vom Auslande, der finanziellen Selbstständigkeit der Reichsverwaltung und der Abwendung der Socialbewegung durch Hebung der materiellen Lage der Arbeiter zu unterstützen; deshalb fordern wir die von der Staatsregierung angestrebte Änderung der bisherigen, die Produktion und die Industrie an den Rang des Verderbens bringende Wirtschafts-, Handels- und Zoll-Politik; darum streben wir eine Besserung auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens durch festeren Gliederung der natürlichen Berufs- und Arbeits-Genossen und Wiedereinführung von Zucht und Ordnung in das Lehrlings- und Gewerbegehilfen-Wesen; deshalb wünschen wir eine Steuer-Reform, welche durch Eröffnung ausgiebiger Quellen von indirekten Steuern eine Entlastung des Volkes von directen Steuern herbeiführt, und deshalb halten wir endlich vor Alem die Hebung und Pflege des sittlichen und religiösen Lebens des Volkes, die Erhaltung der Achtung vor der Kirche und die Erziehung der Jugend zur Gottesfurcht und Frömmigkeit für unbedingt geboten.

Die schweren und hochbedeutenden Aufgaben erfordern Vertreter in den Reichstag, die nicht durch Redensarten, wie dies der Dr. Georg von Bunsen thut, dem Volke vorreden, Fürst Bismarck treibe Politik, welche die dynastische Kraft unser Herrschertums zu untergraben geeignet sei, sondern wir wählen einen Mann in den Reichstag, der die schweren Aufgaben unseres Kaisers treuen Dieners, des Fürsten Bismarck, mit voller Hingabe unterstützt, und den haben wir gefunden in dem Baron von Rotenhan auf Buchwald, der, besezt von dem lautersten Patriotismus, in unserer Mitte wohnt und mit den Verhältnissen und Wünschen seiner Landsleute genau vertraut ist.

Wer mit uns ist, wählt am 27. October c.

## den Baron von Rotenhan auf Buchwald.

Im Namen vieler:

J. Timm, Maurer- und Zimmermeister. C. Opitz, Schmiedemeister.  
E. Neumann. v. Schmidt, Oberst z. D. Robert Böhm, Klempnermeister. R. v. Treskow.  
Weiß, Major a. D. J. A. Wendlandt, Schuhmachermeister.  
W. Altmann, Schuhmachermeister. G. F. Fehling, Director. Niel, Corp. Capt. z. D.  
v. Moß, Premier-Lieutenant a. D. v. Machui, Rittergutsbesitzer.  
G. Kuhnt, Tischlermeister. W. Zimmer. Fr. Heidrich. Schneider, Partizulier.  
Robert Hayn, Sattlermeister.

## Für Pelzbezüge

empfehle ich nachstehende Stoffe im größter Auswahl zu billigsten Preisen:

**Schwarz** wollene Stoffe, drap Imperial, drap Sicilienne, drap Cannelé, Satin travers, Cachemir double etc.

**Schwarz** seidene Stoffe, Satin merveilleux, Satin Surah, Satin Luxor etc., auch für Roben höchst empfehlenswerth, Stoffe, die unbestritten in der Mode den ersten Rang einnehmen.

**Schwarz** halbseidene Stoffe, drap de Messine, drap Sicilienne etc.

**Schwarz** Patent-Velveteus in verschiedenen Preislagen.

**Schwarz** Chape und seidenen Sammet in allen Qualitäten.

**Schwarz** Mohair-Sammet und Bieber, das Edelste und Beste was überhaupt existirt, besonderer Beachtung empfiehle.

**Carl Henning,**

9. Bahnhofstraße 9.

## Für Zahnsleidende.

Mein hier am Platze seit zwanzig Jahren bestehendes Geschäft empfehle ich zum Einsetzen künstlicher Zahne und Plombiren. Für solide Preise und nur gut sitzende Gebisse garantire.

**C. Friese,**

Hirschberg, Schulstraße Nr. 7.

Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Stand am 1. October 1881.

Versichert 57,072 Personen mit 389,572,700 Mark.  
Bankfonds 100,250,000 =

Die Bank vertheilt alle Überschüsse voll und unverkürzt an die Versicherten und gewährt auf jede Normalprämie Dividende. Die letztere beträgt in diesem Jahre 39% der Jahresprämie, wird aber in den nächsten Jahren voraussichtlich noch weiter steigen, nämlich auf 42% im Jahre 1882, auf 43% im Jahre 1883 und auf 44% im Jahre 1884.

Zur Bestellung von Dienst-Cantionen gewährt die Bank Darlehen unter außergewöhnlich günstigen Bedingungen.

Versicherungsanträge vermittelt

**Keyl,**

Bureau: Wilhelmstraße Nr. 63.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: J. Scheibert.

## Winterwolle

in allen Farben  
in weicher, guter  
Qualität empfiehlt die  
Tocke 30 Pf.  
**Oscar Roth,**  
Hirschberg i. Schl.,  
Langstraße 10, unmittelbar  
vor der Promenade.

Laut schiedsamtlichen Vergleichs widerrufe ich die gegen die Häusler W. Friesesche Chefs von hier verbreiteten Auslagen, erkläre dieselben für unbescholtene und leiste hierdurch Abbitte. Pauline Müller.  
Wüsteröhrsdorf, 21. October 1881.

Das Dominium Ober-Röversdorf verkauft eine auf dem Revier Molkenbrunn gelegene Parzelle Nadelholz auf dem Stammie. Abfuhr bequem, sowohl nach Schönau wie auch nach Hirschberg hin. Nähere Auskunft ertheilt das Wirtschafts-Amt.

Einige tragende Rühe sind verkaufst. in d. Schlossmühle zu Warmbrunn.

Eine silberne Cylinder-Uhr mit gold. Kette ist in der Turnhalle abhanden gekommen. Wiederbringer erhält angemessene Belohnung. Vor Anlaß wird gewarnt. Abzugeben bei Herrn Heinrich Thiemann, Röthe Burgstraße 6.

Einen verheiratheten Pferdeknecht

sucht zum Antritt am 2. Januar 1882 das Gräflich von Matuschka'sche Rent-Amt zu Arnsdorf, Kreis Hirschberg i. Schl.

Die Herberge zur Heimath, Mühlgrabenstraße Nr. 6, neu eingerichtet, empfiehlt aufs wärmste ihr renovirtes freundliches Gastzimmer, sauberer Logis, sowie kräftigen Mittagstisch und sichert allen Durchreisenden freundliche Aufnahme.

## Frischen Seedorsch

empfiehlt Johannes Hahn.

Starke Eichen und Birken, sowie Haselnußholz verkauft die Forst-Verwaltung Nieder-Wiesenthal.

Die Kranken-Pensionsanstalt

Herischdorf bei Warmbrunn (Villa Ida) empfiehlt sich zur Aufnahme leidender Personen beiderlei Geschlechts. Das Nähere bei Schmale daselbst.

Der conservative Reichstags-Candidat **Herr Baron v. Rotenhan** wird sich Mittwoch den 26. October, Nachmittags 2 Uhr, im

Saale der Brauerei zu Maiwaldau und Abends 6 Uhr im

Saale der Brauerei zu Ketschdorf den Wählern vorstellen, wozu ergebenst einlade

Der Vorstand des conservativen Wahlvereins.

Alle Anfragen bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahl, Wünsche wegen Stimmzetteln rc. sind an die

Expedition unseres Blattes (Herr Amtmann Müller).

Alte Herrenstraße 23, zu richten.

Der Vorstand des conservativen Wahl-Bereins.

Wir bitten die Vertrauensmänner der conservativen Partei, die Wahlresultate möglichst unverzüglich, bezw. telegraphisch, an Herrn Hoflieferanten Louis Schultz hier gelangen zu lassen. Die entstehenden Kosten werden vergütigt.

## Das Wahlbureau der gemäßigten Partei

befindet sich am Wahltage in **Heerde's Hôtel**. Stimmzettel und Auskunft sind daselbst zu erhalten.

Stimmzettel für Warmbrunn und Herischdorf bei Herrn Fabrikbesitzer **Füllner**.

Druck von W. Pfund in Hirschberg.